

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Klimaschutz und Energie (25. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Marc Bernhard, Roger Beckamp, Carolin Bachmann, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD
– Drucksache 20/6415 –

Verbot von Öl- und Gasheizungen verhindern – Priorisierung der Wärmepumpen beenden

A. Problem

Die Fraktion der AfD kritisiert die Novellierung des Gebäudeenergiegesetzes und das Verbot von Öl- und Gasheizungen. Sie möchte die Bundesregierung auffordern, keinerlei über Sicherheitsbedenken hinausgehende Pflichten zum Austausch von Heizungen zu erlassen, die Vielfalt an Heizungstechnologien zu erhalten, einen sofortigen Stopp des Einbaus von Wärmepumpen mit den gesundheitlichen Hochrisikostoffen per- und polyfluorierte Alkylsubstanzen (PFAS) zu beschließen und zu verhindern, dass durch die hohen Kosten für einen Heizungstausch und eine energetische Sanierung Bürger in wirtschaftliche Not geraten und/oder ihre Altersvorsorge auflösen müssen.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der AfD.

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 20/6415 abzulehnen.

Berlin, den 24. Mai 2023

Der Ausschuss für Klimaschutz und Energie

Klaus Ernst
Vorsitzender

Timon Gremmels
Berichtersteller

Bericht des Abgeordneten Timon Gremmels

I. Überweisung

Der Antrag der Fraktion der AfD auf **Drucksache 20/6415** wurde in der 97. Sitzung des Deutschen Bundestages am 20. April 2023 beraten und an den Ausschuss für Klimaschutz und Energie zur Federführung sowie an den Wirtschaftsausschuss, den Ausschuss für Arbeit und Soziales, den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz sowie den Ausschuss für Wohnen, Stadtentwicklung, Bauwesen und Kommunen zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die den Antrag stellende Fraktion der AfD schickt voraus, dass der Wohnungsneubau in Deutschland immer mehr zum Erliegen komme. Nach dem Referentenentwurf für die zweite Novellierung des Gebäudeenergiegesetzes müssten ab 2024 neu eingebaute Heizungen mindestens 65 Prozent der bereitgestellten Wärme mit erneuerbaren Energien erzeugen. Heizungen, die älter als 30 Jahre seien, dürften nicht mehr betrieben werden. Die finanziellen Belastungen seien enorm. Es drohe eine Welle der Enteignung. Die einseitige Fokussierung auf Wärmepumpen habe die Nachteile, dass die nötigen Fachkräfte zum Umbau der Heizungen nicht zur Verfügung stünden, die notwendigen Wärmepumpen nicht rechtzeitig verfügbar seien, in den meisten Wärmepumpen bisher ein hochgiftiges Kältemittel verbaut werde und mit der Anzahl der Wärmepumpen der Strombedarf stetig wachse.

Aus den genannten Gründen möchte die Fraktion die Bundesregierung unter anderem auffordern, keinerlei über Sicherheitsbedenken hinausgehende Pflichten zum Austausch von Heizungen zu erlassen, die Vielfalt an Heizungstechnologien zu erhalten, einen sofortigen Stopp des Einbaus von Wärmepumpen mit den gesundheitlichen Hochrisikostoffen per- und polyfluorierte Alkylsubstanzen (PFAS) zu beschließen und zu verhindern, dass durch die hohen Kosten für einen Heizungsaustausch und eine energetische Sanierung Bürger in wirtschaftliche Not geraten und/oder ihre Altersvorsorge auflösen müssen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Wirtschaftsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 20/6415 in seiner 44. Sitzung am 10. Mai 2023 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der AfD dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Arbeit und Soziales** hat den Antrag auf Drucksache 20/6415 in seiner 46. Sitzung am 10. Mai 2023 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der AfD dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz** hat den Antrag auf Drucksache 20/6415 in seiner 42. Sitzung am 10. Mai 2023 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der AfD dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Wohnen, Stadtentwicklung, Bauwesen und Kommunen** hat den Antrag auf Drucksache 20/6415 in seiner 43. Sitzung am 10. Mai 2023 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der AfD dessen Ablehnung.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Klimaschutz und Energie hat den Antrag auf Drucksache 20/6415 in seiner 64. Sitzung am 24. Mai 2023 abschließend beraten.

Der **Ausschuss für Klimaschutz und Energie** beschloss mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der AfD, die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 20/6415 zu empfehlen.

Berlin, den 24. Mai 2023

Timon Gremmels
Berichtersteller